

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Eigentum: Auer'sche Verlagsanstalt. Herausgabe: Die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postabrechnung: Aue Leipzig Nr. 1098

Nr. 157

Dienstag, den 8. Juli 1924

19. Jahrgang

Herriot vor dem Sturz?

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Die von Poincaré gegen seinen Nachfolger in der Ministerpräsidentschaft eingeleitete Wahlarbeit beginnt allmählich ihre Wirkung zu zeigen. Die Beunruhigung der Öffentlichkeit in Frankreich und England nimmt immer mehr zu. Der Ministerpräsident Herriot wird immer mehr in die Verteidigung gedrängt und seine Stellung erscheint schon so stark gefährdet, daß einige nationalistische Blätter in Paris bereits überholt die Forderung stellen, daß Herriot noch vor der Londoner Konferenz zurücktreten müsse. Gleichzeitig wird die Forderung erhoben, daß die interalliierte Konferenz nach Brüssel verlegt werde, weil man dort eine für Frankreich günstigere Atmosphäre zu finden hofft und es wird für eine Vertagung der Konferenz um etwa 14 Tage plädiert. Bemerkenswerterweise ist es die offizielle Agentur Havas, die sich zur Verbreitung dieser Wünsche hergibt und damit von neuem beweist, daß sie unter dem Einfluß gewisser Beamten des französischen Auswärtigen Amtes steht, die im Bunde mit Poincaré gegen ihren eigenen Chef intrigieren. Diese französischen Beamten sind es offenbar auch, die dem Mitarbeiter des "Echo de Paris", Bertinat, das Material für die Bekämpfung Herriots liefern. Denn sonst wäre es nicht möglich, daß Bertinat so genau über die Vorfälle bei der Konferenz der Ministerpräsidenten in Chequers und über den diplomatischen Schriftwechsel zwischen Downing Street und dem Quai d'Orsay unterrichtet ist.

Die Vorwürfe die von nationalistischer Seite gegen Herriot gerichtet werden, laufen darauf hinaus, daß er sich von Macdonald in Chequers vollständig überredet habe und alle bisherigen Forderungen und Unfreiheit Frankreichs ohne jede Gegenleistung preisgegeben habe. Macdonald habe bisher durch seine geschickte Deutlichkeit seine wahren Ziele verdeckt und sie erst in Chequers ermutigt durch das Entgegengenommen Herriots, brutal entblößt. Macdonalds sozialistisches Bekenntnis muß als Popans herhalten, mit dem der französische Bürgler in Schreden gesetzt werden soll. Herriot wird ein Vorwurf daraus gemacht, daß er das von Macdonald für die Londoner Konferenz entworfene bekannte Programm stillschweigend und widersprüchlich gebilligt habe. Insbesondere habe er die Rechte der Reparationskommission preisgegeben und keinen Widerstand erhoben, als Macdonald erklärte, man müsse Deutschland Sicherungen gegen künftige unabhängige Sanktionen Frankreichs geben.

Wie in Deutschland werden von unserem Standpunkt aus sagen müssen, daß das, was hier Herriot als Verbrechen angesehen wird, nichts ist, als die logische Folge aus seinem demokratischen und Friedensfreundlichen Programm. Die Tatsachen, die Bertinat mitteilt und die von der reaktionären französischen Presse zu der wildesten Hebe gegen Herriot ausgeschüttet werden, würden zweifellos auch nicht einen so großen und für Herriot gefährlichen Eindruck auf die französische Öffentlichkeit gemacht haben, wenn sie nach der Konferenz von Chequers in geeigneter Weise der Öffentlichkeit mitgeteilt worden wären. Denn zum Teil ergeben sie sich ja aus dem Wortlaut des Daviesberichts, den selbst Poincaré angenommen hat. Im übrigen würden sie der französischen Öffentlichkeit aber in ganz anderem Licht erscheinen, wenn sie im Rahmen und als Folgerung der dem europäischen Frieden dienenden Politik Macdonalds und Herriots bekanntgegeben worden wären. Die mit seinen Grundsätzen so wenig in Einklang stehende Geheimpolitik, die Macdonald in Chequers getrieben hat, war zweifellos ein schwerer diplomatischer Fehler. Dem journalistischen Schildknappen Poincaré ist ja die Legitimität geboten worden, seinen Erzählungen durch tendenziöse Darstellung und sensationelle Aufmachung eine Bedeutung zu verleihen, die für Herriot unter Umständen verhängnisvoll, auf jeden Fall aber nachteilig sein muß. So ist der große Frontalangriff auf diese vorbereitet, den Poincaré am heutigen Dienstag im Senat gegen seinen Nachfolger zu eröffnen beabsichtigt und über dessen Erfolg man noch keinerlei Prognosierungen wagen kann.

Macdonald, der wegen seines politischen Sieges überwältigt im Unterhaus zur Verantwortung gezogen worden ist, hat sich bemüht, seinem französischen Kollegen nach Wahlfreiheit zur Hilfe zu kommen. Er hat durch den englischen Botschafter in Paris erklären lassen, daß er keineswegs die Wahl gehabt habe. Herriot in Chequers kann dies zu binden, daß vielmehr die den fremden Regierungen mitgeteilten Gedanken über die Londoner Konferenz lediglich den Standpunkt der englischen Regierung darstellen. Herriot hat seinerseits ebenfalls erklärt, daß er mit vollständig freien Wahlen nach London gehen und eine Rote entsenden, in der den alliierten Regierungen der Standpunkt Frankreichs ver-

delegt wird. Schließlich hat auch die Regierung der Vereinigten Staaten, die durch die französisch-englisch-polnische Partei stark beeinflußt zu sein scheint, beschlossen, in dieser Angelegenheit zu intervenieren. Sie hat dem amerikanischen Botschafter eine Mitteilung zugehen lassen wonach es die Auffassung der Regierung der Vereinigten Staaten ist, daß von der baldigen Umwidlung des Daviesberichts der wirtschaftliche Wiederaufbau von Europa abhängt. Die amerikanische Regierung nimmt damit in diplomatisch vorsichtiger aber für jeden Politiker genügend deutlicher Weise Stellung gegen die Kriegsbereiten, die die Londoner Konferenz geführten und die Wiederherstellung des europäischen Friedens in Frage stellen können. Offensichtlich wird man daraus an der Seine die Regierung ziehen, daß alle Versuchungen Daviesbericht zu sabotieren oder im Interesse des französischen Nationalismus in ihn Dinge hineinzulegen, die nicht darin stehen und auch nicht hineingehören, auf den Widerstand der gesamten gesitteten Welt stoßen werden.

Macdonald reist nach Paris.

Ein einstelliger Besuch bei Herriot.

London, 7. Juli. Am Unterhaus teilte Macdonald mit, daß er morgen nach Paris reise, Mittwoch abend nach London zurückkehren wolle. Der Besuch erfolge auf einen Vorschlag Herriots. Macdonald betonte nochmals, daß der in der Presse entfachte Outragesumtur jeder Begründung entbehre.

Diese Nachricht erregt in Paris größte Überraschung. In linksliberalen politischen Kreisen begrüßt man diesen Schritt Macdonalds mit größter Begeisterung, da man von ihm eine Entspannung der volkstümlichen Lage erwartet. Diese Nachricht zeigt also, daß die Stärke erster ist, als die Geschwichtigungskünster an der Seine und Seine vermeinten. Der wahrscheinlich von Paris aus veranlaßte Besuchsdallon des "Daily Telegraph" der eine Vertagung und eine Verlegung der Londoner Konferenz nach Brüssel anregte, hat doch Macdonald in seinem völklichen Entschluß bestärkt, in Paris unter Einzug seiner Person das Zustandekommen der Londoner Konferenz zum 18. Juli doch noch zu sichern denn er betrachtet dies anscheinend als eine Breitseitefrage. Es bleibt abzuwarten, ob Macdonald oder Herriot sich als die stärkere Persönlichkeit erweisen wird, ob Macdonald durchdringt oder sich zu einer Verschiebung bekennt, oder ob er wesentliche Zugeständnisse macht um mit dem völklichen Zusammentreten der Konferenz wenigstens das Gesicht zu wahren.

Amerika drängt zur Durchführung des Gutachtens

Im Weißen Hause zu Washington hat am Sonnabend eine Konferenz stattgefunden, an der außer dem Präsidenten Coolidge und dem Staatssekretär Hughes General Davies, Handelsminister Hoover und der amerikanische Botschafter in Berlin Dougan, teilgenommen haben. Diese Konferenz, die sich ausschließlich mit der Umwidlung des Daviesberichtes befaßt hat, hat dem amerikanischen Botschafter in London eine Mitteilung zugehen lassen, wonach es

die Ansicht der Regierung der Vereinigten Staaten sei, daß von der baldigen Umwidlung des Daviesberichtes der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas abhängt."

Diese Ansicht der amerikanischen Regierung dürfte heute oder morgen offiziell vom amerikanischen Botschafter in London Mansfield Macdonald und vom amerikanischen Geschäftsträger auch der Regierung in Berlin mitgeteilt werden.

Auf englischer Seite faßt man diese Mitteilung als eine nachdrückliche Forderung auf, nichts zu tun oder zu unterlassen, was geeignet wäre, daß Zustandekommen der interalliierten Konferenz zu erschweren.

Über den Standpunkt der deutschen Reichsregierung wird mitgeteilt, daß diese es gegenwärtig für ihre erste Pflicht halte die Gesetzestexte zur Umwidlung des Sachverständigenrats fertigzustellen. Inzwischen hat das Goldmarktanomitee seine letzte Sitzung in Berlin abgehalten und die Entwürfe der Notendankeslegge dürfen im Hause der Woche fertig werden. Das Eisenbahnkomitee tritt Donnerstag zur letzten Sitzung in London zusammen und nur bedingt das Komitee über die Industrieobligationen steht der Abschluß der Arbeiten im Augenblick noch nicht genügend fest, um den rechtzeitigen Abschluß und die Vorlage aller Entwürfe im Reichskabinett vor dem 18. Juli als bestimmt zu klagen fallen zu können.

Der französische Staat kostet zu 50 Prozent auf den Meumilieferungen!

"Echo de Paris" meldet: Ein Gesetzesentwurf für Minensteuern legt der Finanzminister sein Urteil fort. Der französische Staat kostet zu 50 Prozent auf der Ge-

meumilieferungen. Eine Aussetzung der Besteuerung ist für Frankreich nicht tragbar, solange nicht andere Reparationszahlungen durch Deutschland gesichert wären. Auch die Sozialisten kritisieren den Urteil des Finanzministers.

Eine unerhörte Forderung der französischen Besatzungsbehörde.

Der Zeitung des hölzernen Gymnasiums in Wittenberg ging von der französischen Besatzungsbehörde der Befehl zu, die beiden Schenktafeln, die nach dem Krieg zum Geben der gesammelten Lehrer und Schüler der Unterricht in der Kula angebracht wurden, zu entfernen. Als Grund wird die Inschrift angegeben: "Wir waren in Ehren, als wir noch im Kampfe lagen", da in diesen Worten eine Heiligung der französischen Nation zu erblicken sei.

Immer vermehrter Druck des Besatzung.

Wie verlautet, ist am Sonntag der ausführliche Bericht des Herrn v. Hoess über seine beiden letzten Demarchen bei Ministerpräsident Herriot in Berlin eingegangen. Aus der Sonnabendausgabe des Pariser "Matin" erläutert man die Feststellung, daß beide Demarchen des Herrn v. Hoess wieder ergebnislos gewesen sind und lediglich die Auflage des Ministerpräsidenten Herriot gebracht haben, die deutschen Wünsche den zuständigen militärischen Instanzen des besetzten Gebiets unterbreiten zu wollen.

Zugleich wird heute früh aus Wittenberg gemeldet, daß nunmehr auch die Belager bortseitig mit Waffenanforderungen von Wohnungen für die Vermehrung des belgischen Bevölkerungsbüros begonnen haben. Die Stadtkommune Wittenberg hat bis zum 15. August 1924 neue Wohnungssuchende für die Besatzungsmacht bereitzubringen, während in Wochen fast 19 000 Wohnungssuchende seit Jahr und Tag der Erledigung harren.

Dr. Schachts koloniale Pläne.

Über dieses Thema hatte der Deutsche Kolonialverein e. V., Berlin SW. 11, einen Vortragshabend veranstaltet, an dem als erster Redner Gouverneur a. D. Dr. Schulz-Ewerth sich zunächst über die Möglichkeiten des Schatzhauses berichtete, jenseits die darüber vorliegenden Nachrichten eine Stellungnahme zu lassen. Er begrüßte es als eine willkommene Gewandung, daß die Kolonialfrage endlich einmal von einer maßgebenden Stelle in den Kreis der allgemeinen politischen Diskussion gezozen und als eine notwendige Erörterung gezeigt und als eine notwendige Erörterung des Sachverständigenberichts behandelt wurde, sei der als unvollständig betrachtet werden müsse und unberechenbare Folgen hervorruhen könne, solange die Frage des Abschaffens unserer Massenproduktion nicht geregelt sei. Auch die Verabsichtung des Siedlungsproblems durch Herrn Dr. Schacht sei dankenswert, zumal diese Möglichkeit seitens der deutschen Regierung vor dem Kriege immer nur sehr äußernd behandelt worden ist. Dennoch müsse man dem Plan des Herrn Dr. Schacht mit Bedenken begegnen, insoweit als die Verwaltung einer Chartered Company keine Gewähr für eine uneinnehmbare Behandlung der deutschen Interessen gäbe. Vor allem aber sei die Kolonialschuldenfrage nicht zu vergessen. Die Wehrhaftigkeit der Kolonialdeutschen werde vermutlich der Meinung sein, daß, wenn wir die uns mit Schwimmen genommenen Kolonien wieder bekommen sollten, es mit Ehre geschehen müsse.

Zum Abschluß an diesen Vortrag führte Dr. Saul Beutwein etwa folgendes aus: Der Plan Dr. Schachts Deutschland auf dem Wege einer internationalen Kolonialgesellschaft allmählich wieder zu einem Kolonialbesitz zu verhelfen, kann nicht von der Hand gewiesen werden. Er sagt sich dem nun einmal vorliegenden Daviesplan an, d. h. er stellt sich auf die Gedanken, die der Sachverständigen sind, gibt ihnen aber mit erheblicher Ausführlichkeit zu verstehen, daß sie über dem Bestreben, möglichst hohe deutsche Zahlungsverpflichtungen auszurechnen, die deutschen Rechts vergrauen haben. Der Hinweis auf die deutschen Kolonialrechte ist unerlässlich, denn andernfalls könnte ein unmittelbares Besitztum Deutschlands auf seine Kolonien heraustraktiert werden.

Über den Wert des alten Chartered Companies sind die Ansichten geteilt. Dr. Beutwein weiß an der Hand geschichtlicher Beispiele nach, daß ihre Leistungen wesentlich von den führenden Verbindlichkeiten abhängen. Im Ganzen wird gegenwärtig staatliche Kolonialpolitik vorzugehen, doch gehört dazu ein festgelegtes Staatsziel mit außenpolitischen Maßnahmen. Das ist das deutsche Deutschland nicht. Eine unter internationalem Schutz stehende Kolonialgesellschaft könnte dennoch ein zweckmäßiger Weitweg sein. Da ihren Kolonialbesitz möglicherweise viele Gefahr droht an das einzelne

Wissen des freien deutschen Kolonialbestrebens. Dafür. Nun bereitete auch die Organisation und die Macht der kleinen Geschäftsführer ein katholisch-konservativeren Ausbildungsvorhaben ausdrücklichen. Konservative Kolonialpolitik unter Bezugnahme der alten Kolonialbestrebungen, kolonialistische Betreibung der Wirtschaft, Belohnung der Kolonialförderung müssen Hand in Hand gehen. Möglicherweise besteht der bestrengte die Wirtschaftsförderung des Kolonialen Gedankens in Regierung und Gesetz.

Um bei der Übereinstimmung zweier allgemein dem Plan Dr. Schröders entgegengesetzten. Bekanntesten Bestrebungen waren die Misslungenen des Reichskanzlers der Kolonialgesellschaft. Gouverneur Dr. Eichler, die auf die Folgen der Wahlen in englisch Schwäbisch und ihre Bedeutung für die Deutschtumsbewegung in Deutschlandschafft sehr belangreiche Aussichtungen machte. Zugleich kam folgende Einsichtnahme aus Annahme:

Auch einen Vorfall, die Stützwerbung der deutschen Kolonien durch Gründung einer internationalen Monopolgesellschaft vorzubereiten, hat der Reichskanzler Dr. Schröder dem kolonialen Gedanken im deutschen Volk einen neuen Schwung gegeben. Das ist mit Freude zu begrüßen. Allerdings wirken seine Vorfälle noch gründlicher konservativen Bearbeitung im nationalen Geist bedürfen, um zum Heile Deutschlands dienen zu können. Der Kampf gegen die koloniale Schuldfrage ist mit durchschlagendem Erfolg geführt worden. Die Forderung auf Misslieferung der uns widerrechtlich vertriebenen Kolonien darf nicht aufstehen und wird vom Deutschen Kolonialverein immer wieder erhaben werden.

Seitweilige Rückung Hitlers aus der Politik. Dem "Vaterlandskurier" lädt Adolf Hitler aus Landsberg mitteilen, daß er die Führung der nationalsozialistischen Bewegung überzeugt habe und sich während der Dauer seiner Amtshaltung jeder politischen Tätigkeit enthalten werde. Wie das Blatt weiter meldet, ist Hitler mit der Vertretung Hitlers beauftragt.

3. Reise bleibt weiterhin im Amt. Herr v. Fahr hat seinen Urlaub beendet und sein Amt als Regierungspräsident von Oberbayern und damit als Staatskommissar von Oberbayern mit Ausnahme von München, wo der Polizeipräsident das Amt des Staatskommissars bekleidet, in den letzten Tagen wieder angetreten, trotzdem ihn von Regierungssseite wiederholt nahegelegt worden ist, zurückzutreten. Man sieht mit Interesse der Sellungnahme der neuen Regierung zu dem Entschluß des Herrn v. Fahr entgegen, trotz der Vorgänge sein Amt beizubehalten.

Heimkehr.

In diesen Tagen und Wochen nehmen die Ausgewiesenen aus dem betroffenen Gebiet, denen die Entscheidung der Rheinlandkommission die Rückkehr gestattet, den Weg in die Heimat. 140 000 Menschen werden von dem Los der Verbündeten entlastet, ihrem Heim, ihrer Arbeit wiedergegeben; überwunden soviel schmerzhafte Trennung, Sichtung von Familienbanden und andere persönliche Versteckungen! Ein Strom warmer Freude quillt bei dieser Vorstellung in uns auf. Wir gratulieren den treuen Deutschkämpfern mit hellem Dank für alles, was sie auf sich genommen haben und mit vielen guten Wünschen für Ihre Heimat. Wöhnen sie das ganze tiefe Glück des Heimkommens erfahren und genießen in dem Bewußtsein, daß sie ihren Anteil an dem Ringen um des Vaterlandes Recht und Freiheit getragen haben! — Die Freude ist nicht ungetrübt. Der ganze Druck des Besatzungsstandes mit seiner Einengung der persönlichen Freiheit, mit seiner ungewöhnlichen Wohnungsnutzung erwartet die Rückkehrenden. Mit Bitterkeit sehen wir uns entzweien, je so an empfangen, wie sie es erwarten und wie sie es wünschen. Ihre Wohnung und Arbeitsstätte, auf die sie ein Recht behalten haben, ist vielfach noch von den fremden Platzhütern beansprucht, sodass bis zu einer drückenden, ungünstigen Zukunft entgegengehen. Und mit diesem Schmerz gedachten wir der Besten, denen das Recht zur Rückkehr vorerhalten wird. Wir sind noch nicht im Besitz des eigenen Rechts auf eigenem Boden. In der

Veröffentlichung der Ausgewiesenen leben wir ein Seiden Netz des Verbündeten eines neuen Gefäßes in den Politik, die von Schrift der bestreiten Gedanke bestimmt. Wir befreien uns zu dieser Gefinnung, die anstelle der Gewalt den Verlust einer sozialen Überordnung der Schwerterkeiten der Lage sehen will. Überbleiben wir eingedenkt der ungeheuren Gefahr der Unersetzlichkeit, die mit einer ganz einleitenden Machterteilung verbunden ist. Deshalb bleibt unsere Lösung: Wohl sein und stark in dem waffenlosen Kampf um unsere Heimat und um unsere Selbstbehauptung! Unsere Macht in diesen Kämpfen beruht in der Gefinnung, die die beidernden Verbündeten von Rhein und Ruhr bewiesen haben. Ihnen bieten wir unser Willkommen! DR. Dönhoff.

VERGEGENSTELLUNG: Der sächsischen Landesregierung schreibt der Verbandsvorstand Dönhoff die bestreite Macht aus dem neuen organisierten Nationalen Fronten an. Maßnahmen gegen diese Macht und die Macht der Regierung aufzuzeigen.

Eine demokratische Frage im Lande.

Dem nächsten Samstag ist folgendes Ereignis fest: DR. Günther, Blumen und Schall und Schallmutter eingesetzt. Eine Bande will die bestreite Macht zu schaffen, anstatt der ungeheuren Gewalt und des bedrohlichen Verbrechens der Gewalt gegen die Gewalt zu bringen. Und Gewalt gegen Gewalt und Gewalt gegen Gewalt in einem solchen Leben ist erlaubt.

Von Stadt und Land.

Nr. 8. Juli.

Der Sächsische Staatshaushalt im Rieschau verabschiedet.

Der Haushaltsumschlag in des nächsten Samstag verabschiedet in der Rieschau die Einführung zum Haushalt 1924 betreffend Rieschau. Das Gesetz über den Staatshaushalt auf das Haushaltsjahr 1924 wurde nach längerer Diskussion über das durch die Verhältnisse der Volkszählung gekennzeichnete Verhältnis zwischen dem Staat und den beiden gebildeten Gemeinden des Landes verabschiedet. Die Gesamteinommen und Gesamtausgaben des ordentlichen Staatshaushaltplanes belaufen sich auf 258 780 018, diejenigen des außerordentlichen Staatshaushaltplanes auf 9 965 000 Mark.

Zur Bekämpfung der durch die Unwetterkatastrophe im Bereich der Rieschau verursachten Schäden gab der Rieschau seine Zustimmung zu einer Regierungsvorlage. Damit wird zu diesem Zweck eine halbe Million zur Verfügung gestellt, die als Darlehen und in besonderen Fällen als Zuschuss durch den Reichsverband verwendet werden soll. Der Rieschau beschloß ferner, dem Landtag für die Gemeinde Delitzsch im Erzgebirge aus Anlaß der dort eingetreteten Bergbaukatastrophe ein Darlehen von 880 000 Mark zu bewilligen, wofür der Bezirksvorstand Stollberg die Haftung übernehmen soll.

Wichtig für Arbeitgeber. Amtlich wird geschrieben: Nach Paragraph 86 der Durchführungsbestimmungen über den Steuerabzug von Arbeitslohn hat jeder Arbeitgeber den von ihm bezahlten Arbeitslohn einschließlich des steuerfreien Lohnbetrags unter Angabe des Betriebs und getrennt nach laufenden Belegschaften und ehemaligen Einnahmen sowie nach Vorlohn und Sachbezügen und die vom Arbeitslohn einbehaltene Steuerabzug unter genauer Bezeichnung des Arbeitnehmers (Name, Beruf, Familiename, Wohnort, Wohnung) unter Angabe eines Kontos für jeden Arbeitnehmer, in Goldmark fortlaufend aufzugeben und die Aufzeichnungen bis zum Ablauf des dritten auf die Lohnzahlung folgenden Kalenderjahr aufzubewahren. Es ist festgestellt worden, daß trotz wiederholter Hinweise durch die Presse, viele Arbeitgeber dieser Verpflichtung bisher nicht nachgekommen sind. Zur Vermeidung von Weiterungen werden die Arbeitgeber erneut angeholt, die Vorschrift des Paragraphen 86 a. m. genauestens zu beachten. Die Finanzämter sind angewiesen, Verstöße hiergegen mit hohen Strafen zu belegen.

Worgen Mittwoch sein Konzert im Schlosshaus. Die Zeitung der Stadtkapelle Wittenburg mitzutragen, daß das sonst immer für Mittwoch geplante Gartenkonzert ausfallen muss wegen anderweitiger Beschäftigung der Kapelle.

Wieder ein Rennpreis nach Wittenburg. Bei der Veranstaltung des Allgemeinen Deutschen Automobilclubs am vergangenen Sonntag in Wittenburg errang H. Ebert Gebel, Rue, auf einem Wanderer-Motorrad 4½ PS, mit Seitenwagen bei der Vergleichung in seiner Klasse den ersten Preis und zwar die bronzene A. D. C. Medaille und für Schnelligkeit und Geschicklichkeitssprüfung den 2. Preis. Herr

Vier völkisch-soziale Richtungen in Sachsen.

In Dresden erscheint seit einigen Tagen ein Organ des völkisch-sozialen Blocks unter dem Titel: "Die Völkische Zeitung". In dieser wird bekanntgegeben, daß unter dem Namen Nationalsozialistische Freiheitspartei Ostschlesiens in Dresden ein Büro errichtet worden sei, bei dem es sich um eine Gründung des Dr. Gronau handele; von dessen Person sich der große Völkisch-soziale Block in Ostschlesien getrennt habe. Man sieht also hier bereits zwei Richtungen. Es ist augenscheinlich, daß man in den Kreisen der alten Freiheitspartei Bedenken gegen die teilweise kommunistischen Gedankengänge der nationalsozialistischen Arbeiterpartei erhebt hat. In der Deutschnationalen Partei, die im Reiche in schwerer Stellung gegen den Völkisch-sozialen Block steht, hat sich in Sachsen ebenfalls die bereits bestehende Differenz weiter verschärft und nun zu einer Spaltung geführt. Die "Völkische Zeitung" berichtet darüber, daß die Deutschnationale Partei nach dem Besuch des Landesvertretungstages vom 15. Juni ihre Beziehungen zu dem unter Richard Kunzes Führung stehenden Reichsverband der Partei gelöst und sich dem Völkisch-sozialen Block Ostschlesien politisch angeschlossen habe. Die Anhänger der Herren von Bont, Blumentritt und Hagedorn (der deutschsozialen Dresdner Stadtverordneten) und treuen Anhänger Kunzes seien hier nicht einbezogen. Man sieht also, daß auch die Anhänger Kunzes in zwei Lager gespalten sind, so daß wir das erbauliche Schauspiel erleben, daß die völkischen Parteien in vier Richtungen getrennt marschieren.

Der Vorstand des Verbandes der sächsischen Hausbesitzervereine

hat sich in einer Sitzung mit der Vorlage 188 der sächsischen Regierung, betr. Regelung der Aufzwecksteuer, und den Beschlüssen des Rechtsausschusses des Landtages hierzu befagt. Der Vorstand hat einstimmig beschlossen: 1. Eine Abordnung des Verbandes beim Reichsarbeitsministerium vorzustellen. Diese Herren werden unter Überreichung entsprechenden Materials beim Reichsarbeitsministerium darlegen, daß die Verordnung des sächsischen Justizministeriums vom 14. Juni 1924, betr. die Miete ab 1. Juli 1924, den Bestimmungen von § 8 Abs. 2 des Reichsmietengesetzes und § 27 Abs. 3 der dritten Steuernordverordnung zuwiderrückt, da der dort aufgeworfene Mietzettel eine ordnungsgemäße Unterhaltung und Instandsetzung des alten Hauses bestandenes gefährdet. 2. Es soll im Wege gerichtlicher Klage festgelegt werden, daß die sächsische Regierung ihren Pflichten, die ihr aus den beiden genannten Gesetzesbestimmungen erwachsen, nicht nachgekommen ist, und daß die Verordnung des Justizministeriums vom 14. Juni 1924 daher rechtswidrig ist. 3. Die Verbandsleitung wird in nächster Frist den Gesamtvorstand des Verbandes (Vorstandsausschuß) einberufen, um weitere Maßnahmen gegenüber der sächsischen Regierung auf breiterer Grundlage zu beraten. — Der Vorstand des Verbandes der sächsischen Hausbesitzervereine bedauert aufrichtig, daß die sächsische Regierung die ihr durch die dritte Steuernordverordnung erzielte Ermächtigung, zusammen mit der Steuerregelung des Mietzinses eine Steuer zu erheben, kein in fiskalischer Interesse benutzt und den Bedürfnissen des alten Hauses bestandes nicht den

Siebenunddreißigstes Kapitel.

Fort.

Wolfsburg Krug und Rosenthal berlischen hastig daß Kontor und eilten der Treppe zu. Sie hörten den Mann die Stufen hinuntergehen. Er ging langsam und gelassen wie jemand, der durchaus keine Eile hat. Und nun mischte sich in den Vänt der Mähnen und in die leichten verhallenden Glöckchenlinge ein wahrer Blähsprung von Fußtritten auf dem Hof draußen; das waren die Hunderte von Arbeitern, die herbeiströmten.

Möglich hatten die beiden Freunde Glück; gerade als sie hinter dem flüchtenden Manne her die Treppe hinabwollen wollten, rasselte der Aufzug herauß mit einem der Kontorbeamten. Verblüfft starre dieser die Alten Männer an, da er aber den einen davon kannte, so er den Hut. Krug jedoch klimmerte sich nicht im mindesten um ihn, sondern riß Rosenthal mit sich in den Flur hin und fuhr mit ihm hinunter. Als sie auf den Hof hinaustraten, der noch ziemlich im Dunkel lag, sahen sie den flüchtenden eben ganz gelassen durch die Pforte hindurch in den hereinströmenden Arbeiterschwarm hinein verschwinden. Er schritt auch ganz ruhig weiter und niemand gab auf ihn acht. Aber Krug und Rosenthal folgten ihm dicht auf den Fersen, und nun hatten auch sie den Vorstell, daß sie sich in dem Schwarm der hereinströmenden Arbeitern verloren könnten.

Das Chamäleon schritt rasch die Straße entlang — diesmal machte sich der Mann nicht die Mühe, versteckt über die Felder zu schleichen. Krug und Rosenthal kamen in einem gewissen Abstand hinter ihm her, anscheinlich in elterlicher Unterhaltung begriffen. Sollte sich das Chamäleon umbrechen sollte, daß es nichts als diese zwei Männer, die ihren Morgenmarschgang machen und ganz in ihr Gesicht vertieft waren: auf den Gedanken, daß er bestreitete Werke, konnte der Mann gar nichts kommen.

„Sie habe einen Augenblick kein Gefühl bewußt.“

„Sagte Krug. „Er trägt einen falschen Blaumard und hat sich die Augenbrauen geschmiedet.“

„Wir kommt es fest vor, ob ob er einen ganz anderen Gang hätte als sonst, und ich sage an zu zweifeln ob es überhaupt der Bertold ist.“ bemerkte Beutnant Rosenthal.

„Er ist es.“ erklärte Krug bestimmt.

„Es ist mir völlig ratselhaft, welchen Ruhm es von dieser Komödie haben kann.“

„Er hat einen recht großen Ruhm davon.“ erwiderte Krug. „Für ihn ist es eine Bedenfrage.“

„Ein ganz gewöhnlicher Gutverwalter.“ warf Rosenthal ein.

„Ja, wenn er wirklich ein ganz gewöhnlicher Gutverwalter wäre; aber das ist es nicht.“

„Was ist er denn sonst?“

„Er ist das Chamäleon.“ erwiderte Krug. „Doch ich weiß, was ich jetzt in diesem Augenblick sagen kann.“

„Und seinemwegen haben Sie die lange Zeit auf dem Telegraphenamt angebracht?“

„Ja, seinemwegen. Er hat Telegramme erhalten.“

„Die Sie gelesen haben?“

„Krug nickte. „Die ich gelesen habe.“ wiederholte er.

Das Chamäleon schwante in den Seitenweg ein und ging ohne weiteres Jernegaard zu. Auf der Straße war jetzt kein Mensch mehr, so daß die Verfolger sehr vorsichtig sein mußten: aber der Verfolgte drehte sich nicht ein einziges Mal um, und außerdem war Krug ein Weißer darin, zu tun, als ob er ganz zufällig den Weg daherkäme. Er blieb ab und zu stehen und blickte irgendwohin, als ob er dem Beutnant irgendeine schwierige landwirtschaftliche Frage erkläre, und der Beutnant nickte dankbar für die ihm gegebene Gefährde.

Als sie aus dem Wald herausstraten, in dem Rosenthal das zweitemal in seinem Leben direkt einführen hatte, sahen sie das Wetterhaus vor sich liegen. Unwillkürlich fragten sie, denn alle Denker im Gebüsch waren erschrocken. (Fortsetzung folgt.)

Gebot Braucht zur Beendigung der Steuerstundung mit 1.882 nur 7 Geboten mehr Zeit als der letzte Monat im Vorjahr.
Gebot Nr. 12. Käufe. Steuerstundung und weitere Wände und andere Unlagen im Stadtbau befreit werden. Den Eltern ist man noch nicht auf die Spur gekommen. Es wäre sehr zweckmäßig, wenn Wohnungsungen über solche Zeiten von Wohnungsbauunternehmen der Volksrat genehmigt würden. Nicht alle Vermütlungen ist überzeugt, die Einwohner aus Sicht der Einlagen angewiesen und besonders auf das Verhalten von Kindern und jungen Menschen zu achten und im Falle mit deutlichen Strafmaßnahmen einzutreten.

Stadtmarkt in Goss am 7. Juli 1924. Umtliche Preisnotierungen:

Daten 1. Qualität	40 Pf.	Rinder und Rübe	8. Qualität	33 Pf.
2.	32	-	4.	30
4.	22	-	6.	20
Bullen 2.	38	-	5.	20
3.	33	-	Adliger Doppelender	30
4.	30	-	Schafe	45
Rinder und Rübe	-	-	Schweine bis 1 1/4 J.	55
1. Qualität	38	-	fett	58
2.	48	-	fleischige	50

Geschäftsgang langsam.

Schichts Einsichten für Steuerstundungsgesuche. Im letzten Jahr sind bei den Finanzämtern berattet viele Steuerstundungsgesuche eingegangen, doch auf ihre Verabschiedung nur zu einem ganz geringen Teil gerechnet werden kann. Würde das Finanzministerium auch nur einem Bruchteil des bisher vorliegenden Gesuchs zustimmen, dann müßten, wie versichert wird, geradezu Verwaltungen im Haushalt des Reichs herangeführt werden. Das Finanzministerium wird deshalb nur in seltenen Ausnahmefällen von seinem Rechte der Steuerstundung Gebrauch machen. Voraussichtlich erschien noch am ehesten die Steuerstundungsgesuche der Landwirtschaft wenigstens teilweise, die Genehmigung der Finanzbehörden.

Die Grenzüberschreitungen tschechischer Soldaten. Die Grenzüberschreitungen tschechischer Soldaten bei Klingenthal. Da werden jetzt auch von amtlicher Seite bestätigt. Man mißt an Regierungsstelle den Fall keine große Bedeutung bei, da die tschechischen Soldaten sich offenbar in Unkenntnis der Grenze auf sächsisches Gebiet gegeben haben. Selbstverständlich wird die Angelegenheit vom sächsischen Ministerium des Auswärtigen weiterverfolgt werden.

Höhere Ausszahlung der Juli-Gehälter an die Lehrer. Nach einer Verordnung des Kultusministeriums sollen die Dienstbezüge der Lehrer an den höheren Lehramtsanstalten, sowie an den Volkss- und Fortbildungsschulen für den August aufwärtswohl in diesem Jahre bereits am 11. Juli, also am letzten Tage vor dem Herbst ausgeschüttet werden.

Mahnung zur Sparsamkeit. Der sächsische Finanzminister hat an sämtliche Ressorts im Ministerium und an die Behörden des sächsischen Staates eine ernste Ermahnung geben lassen, damit zu rechnen, daß die in Etat für die einzelnen Zwecke eingestellten Beträge unbedingt ausstreichen müssen und daß eine Überschreitung dieser Summen keineswegs in Frage kommen kann. Während des Jahres neue Mittel zu schaffen, sei völlig ausgeschlossen. Insbesondere sei eine Erhöhung der Landessteuern unmöglich. Untersetzte würden aber die zu erwartenden Reichsteueranteile in vollem Umfang gebraucht, um die im Etat bereits eingestellten Ausgaben ausgleich der Wehraufwendungen für die Beamtenabsonderungen zu bedenken. Die Begebung einer neuen Anleihe erscheine ebenso wie die Aufnahme sonstiger Schulden bei der gegenwärtigen Lage des Geldmarktes aussichtslos.

Webergutmachung einer politischen Maßregelung. Nach einem Gesamtministerialbeschluß der früheren Seigner-Regierung vom 2. Oktober 1923 war der Direktor der Landesversorgungsanstalt Bräunisch, Geh. Regierungsrat Böttcher, auf Grund des Gesetzes von 1886 (!) in den einkommenslosen Ruhestand versetzt worden. Da die Gründe, die seinerzeit die Entschließung des Gesamtministeriums herbeigeführt haben, eine solche Maßnahme nicht rechtfertigen, hat das Gesamtministerium durch Beschluss vom 20. Juni dieses Jahres den Gesamtministerialbeschluß der Seigner-Regierung wieder aufgehoben. Geh. Regierungsrat Böttcher ist nunmehr auf seinen Antrag mit dem 1. Juli dieses Jahres unter Anerkennung seiner langen, dem sächsischen Staat geleisteten Dienste in den dauernden Ruhestand versetzt worden.

Für die Mitnahme von Handgepäck in die Personenwagen durch die Eisenbahnen steht ab 4. Juli nachstehende Benennung in Kraft, deren genaue Beachtung im eigenen Interesse des Reisenden liegt. In der 1., 2. und 3. Wagenklasse ist das Gewicht des Handgepäcks eines Reisenden, das über und unter seinem Sitzplatz angebracht werden darf, auf 20 Kilogramm festgesetzt. Handgepäckstücke von mehr als 20 Kilogramm Eingangsrichtung werden, auch wenn mehrere Personen zusammen reisen, nicht zugelassen. In der 4. Wagenklasse dürfen zwei Traglasten, wie sie ein Fußgänger von normaler Körperkraft tragen kann, mitgenommen werden, doch darf ihr Höchstgewicht 50 Kilogramm nicht überschreiten. Gegenstände von mehr als 50 Kilogramm Eingangsrichtung werden, auch wenn mehrere Personen zusammen reisen, nicht zugelassen. Handgepäckstücke über Traglasten, die nach vorstehenden nicht zugelassen sind, werden auf der Biestation des Reisenden verhandelt, wobei je nach Art des Gutes die Gepäck- oder Gepäckgutfracht mit einem Aufschlag von 10 Pfennig, jedoch nicht mehr als die doppelte Fracht, erhoben wird.

Wohnzimmers gegen unerlaubtes Nachziehen. Die Beamten-Polizei und das preußische Wohlfahrtsministerium beschäftigen sich, wie wir erfahren, mit dem immer mehr überhandnehmenden Antrag der Miethausbesitzer, Freibauernabteilungen und Besitzerungen, die von Bergungsgerichtsabteilungen und Geschäftsbüroren veranlaßt werden. Diese Verantwortungen verloren gegen das Gesetz und werden damit, soweit nicht eine polizeiliche Genehmigung vorliegt, nicht mehr gebilligt werden. Insbesondere sind nach Ansicht der Polizei die Verhandlungen zu unterdrücken, bei denen aus Antrag der Auslöser ein besonderer Aufschlag zu den Einheitspreisen erhoben wird, und seine Preisbefreiung usw., bei denen von den Miethausbesitzern auch die Einwendung eines befordernden Geldbetrages gefordert wird. Eine Entscheidung des Wohlfahrtsministeriums ist bis zur Stunde noch nicht erfolgt, doch dürfte sie baldmöglichst zu erwarten sein.

Knechtmutter, Etamine-Weberin u. a. Die erste ordentliche Hauptversammlung, in der rund 40 Prozent des Aktienkapitals vertreten waren, genehmigte einstimmig die Regularien für das abgelaufene erste Geschäftsjahr, sowie die Gewinnabführungsvereinbarung für den 1. Januar 1924 und be-

schloß, die für die Umstellung auf Goldmark erforderlichen Maßnahmen, deren Durchführung der Verwaltung überlassen bleibt. Das Unternehmen hat sich gut entwickelt. Der auf Kostenfahnen hergestellte neuartige Radarmaschine hat sich sehr gut eingespielt. Die Gesellschaft wird zunächst ein Goldmarktkapital von 50 000 Mark erhalten.

Städte. Überprüfung und Wiederwahl des Bürgermeisters. — Beantwortete Rathauswahl ausbeilagung. In der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Juni war auf Antrag der kommunistischen Fraktion mit 9 gegen 8 Stimmen beschlossen worden, den Bürgermeister Tauscher vor seinem Amt abzuberufen. Die Antragsteller betonten, daß der jetzige Bürgermeister nach dem Bergebot der Arbeiterschaft zu beurteilen ist. Die bürgerliche Fraktion hob hervor, daß die Umsetzung des jetzigen Bürgermeisters aufgeworfen sei, obgleich dies die durch den gesetzlichen Tatbestand vorgenommenen Maßnahmen nicht juristisch, sondern auch moralisch des probalem lösen wollten von Seiten des Jugendrichters, und daß dieser Sache liegt auch die Beantwortung zu der Schöffens, die durch den gesetzlichen Tatbestand vorgenommenen Maßnahmen nicht juristisch, sondern auch moralisch des probalem lösen soll.

Am nächsten Tag kommt eine Eingabe der Beamtenschaft zur Verlesung. Danach haben die städtischen Beamten und Angestellten einstimmig beschlossen, Bürgermeister Tauscher ihr volles Vertrauen auszusprechen. So kann kommt der Antrag der bürgerlichen Fraktion zum Gegenstand, der folgenden Wortlaut hat: „Der am 26. Juni vom Stadtvorordnetenkollegium gefasste Beschuß, mit dem dem Antrage der KPÖ auf Überprüfung des jetzigen Bürgermeisters durch Neuwahl des Bürgermeisteramtes durch Neuwahl entsprochen worden ist, wird aufgehoben und der Antrag der KPÖ selbst hiermit abgelehnt. Gleichzeitig wird Bürgermeister Tauscher auf weitere sechs Jahre als Bürgermeister der Stadt Lößnitz gewählt mit der Nachfrage, daß diese Wiederwahl die dem Bürgermeister aus seiner ersten Wahl zuwiderliegenden Rechte nicht berührt und daß die mit dieser Wiederwahl verknüpfte Amtszeit am Ende am 28. Februar 1927 abgelaufene Amtszeit unmittelbar anschließt.“ Der Antrag der bürgerlichen Fraktion wird vom Vorsitzenden Heeg eingehend begründet. Es folgen lebhafte Auseinandersetzungen. Die beantragte namentliche Abstimmung ergibt sechs Stimmen gegen den Antrag und elf Stimmen für den Antrag, so daß dieser als angenommen gilt. Ferner wurde von den Kommunisten Beschwerde geführt, daß das Rathaus am 22. Juni zum Schützenfest gesperrt habe. Daraufhin wurde beschlossen, daß in Zukunft über die Frage der Festtagung des Rathauses einzige und allein das Stadtvorordnetenkollegium zu befinden hat.

Städte. Überprüfung der Juli-Gehälter an die Lehrer. Die Verwaltung beantragt, den Überschuß von 468 277 Millionen Mark vorzutragen. Das Aktienkapital soll von 13 Millionen Mark auf 726 000 Goldmark heraufgesetzt werden. Nach Mitteilung des Vorstandes sind die ersten Monate des laufenden Jahres nicht unbefriedigend verlaufen.

Städte. Unterschlagungen in städtischen Unternehmen. In der letzten Zeit sind hier mehrere Unterschlagungen bei städtischen Behörden vorgekommen, so u. a. in der Girokasse, im Steueramt und im Arbeitsamt. Als Schuldige sind ein Beamtenamtsdirektor, ein Angestellter und ein Hilfsangestellter festgestellt worden. Die Beträge sollen nicht erheblich sein, da die Kontrolle besteht ist, daß die Unregelmäßigkeiten bald entdeckt werden müssen. Wie der Oberbürgermeister in der letzten Stadtverordnetenversammlung erklärte, liegt es bei den Vorcommissen im Steueramt an der Verhandlungsfähigkeit einiger Bürger, daß die Unterschlagungen überhaupt vorkommen könnten.

Städte. Gründung einer Kreditgenossenschaft. In einer gutbesuchten Versammlung von Handels- und Gewerbetreibenden, Handwerkern und Industriellen erfolgte die Gründung einer Kreditgenossenschaft. Die Zahl der Genossenschaften beträgt heute bereits 70, dürfte aber in nächster Zeit die Zahl 100 überschreiten. Der Anteilsschein beträgt 100 Mark.

Städte. Starke Anträge zum Bürgermeisterposten. Für die in unserer erstaunlichen Industriegemeinde zu besetzende Bürgermeisterstelle haben sich 184 Bewerber gemeldet. Es liegen 172 rechtzeitig eingegangene und 12 verplätzte Gesuche vor.

Eppendorf. 8. Welt-Vitrine. In Hammerleubsdorf brannte am Sonntagabend gegen 8 Uhr das Wohnhaus des Wirtschaftsberaters Reinhard Morgenstern nieder. Sechs aus Sommerliche wellende Damen sind mit obdachlos geworden. — Besitz am Montag erfuhr in unserer Orts abermalss Feueralarm. Es brannte der Schuppen des Stiftsfabrikanten Peter Bellmann in Eppendorf. Bahnhofliche Wasserdrücke verbünderten das Übergreifen des Feuers auf das Wohnhaus.

Bischofswerda. Beim Baden ertrunken. Drei Brüder Eichardt, sehr gute Schwimmer, badeten am Sonntagnachmittag in der Bischofswerda. Einer kam in einen starken Strudel und die sofort aufgenommenen Versuche seines älteren Bruders, ihn zu retten, mißlangen.

Freiberg. Einweihung des Staatslichen Braunkohleninstituts. Am Freitag wurde hier das staatliche Braunkohleninstitut an der Bergakademie Freiberg feierlich eingeweiht. Nach der Begrüßungsansprache des Rektors der Bergakademie überbrachte Staatsminister Dr. Reinhold die Glückwünsche der sächsischen Staatsregierung und wünschte in einer Ansprache auf die wirtschaftliche Bedeutung der Braunkohlenforschung hin. Nach weiteren Begrüßungsansprachen von Vertretern auswärtiger Hochschulen übernahm der Rektor das Forschungsinstitut in die Pflege und Obhut der Bergakademie. Aus Anlaß der Feier wurde eine Ansicht von Ehrenpromotionen bekannt gegeben.

Der weibliche Schöffe.

Auf meinem Terminkalender ist eine neue Einsetzung notwendig. Ich habe heute vom Schöffengericht die Daten der für mich in Frage kommenden Schöffensetzung erhalten. Es überkommt mich ein ganz eigenes Gefühl, die Verantwortung tritt in ihrer ganzen Größe in den Vordergrund. Der erste Termin kommt heran, ich erhalte keine Aufforderung von Seiten des Gerichts, lediglich in der Zeitung, daß in einem gewissen Zeitraum keine Schöffensetzung abzuhalten werden, und habe dadurch die Erfahrung, daß man keine Möglichkeit vorher hat, einen Eindruck in die Wirklichkeit zu bekommen, um schon Fühlung mit den Verhältnissen nehmen zu können. Es scheint mir, als genügen die angegebenen Stunden nicht zum gründlichen Eindruck für mich als Beurteiler. Ich komme überprüft, dies gibt mir Gelegenheit, von einem Beamten, der die "Hölle" kennt, schon frühzeitig zu werden.

Groß 1. Ein zweiter Termin, da Schöffensetzung bis morgen nicht kam. Auf meine Frage warum, da Antwort: „Ein überlegeniger Jugendlicher“. Groß 2. Eine Verhöhung vom Vater des angeklagten Jugendlichen, der moralisch sehr verunsichert wurde, wird nichts räumen. Der zweite Schöffe kommt ein Mann, kurz darauf der Richter. Ein großer Altenhund spricht zu mir sofort beruhigend von der gründlichen Beurteilung, die diesen Männer schon zugetragen ist und entlastet zugleich mich etwas von der Schwere der Verantwortung, die bisher auf mir lag. In großen Zügen soll der Richter die Hölle vor uns auf, sachlich-juristisch; auf Richterhonorar meinetwegen gewinne ich nun aber auch den Standard, nicht juristisch-juristisch, sondern auch direkt moralisch des probalem lösen soll.

Groß 3. Überprüfung und Wiederwahl des Bürgermeisters. — Beantwortete Rathauswahl ausbeilagung. In der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Juni war auf Antrag der kommunistischen Fraktion mit 9 gegen 8 Stimmen beschlossen worden, den Bürgermeister Tauscher vor seinem Amt abzuberufen. Die Antragsteller betonten, daß der jetzige Bürgermeister nach dem Bergebot der Arbeiterschaft zu beurteilen ist. Die bürgerliche Fraktion hob hervor, daß die Umstellung auf Goldmark erforderlichen Maßnahmen, deren Durchführung der Verwaltung überlassen bleibt. Das Unternehmen hat sich gut entwickelt. Der auf Kostenfahnen hergestellte neuartige Radarmaschine hat sich sehr gut eingespielt. Die Gesellschaft wird zunächst ein Goldmarktkapital von 50 000 Mark erhalten.

Groß 4. Überprüfung und Wiederwahl des Bürgermeisters. — Beantwortete Rathauswahl ausbeilagung. In der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Juni war auf Antrag der kommunistischen Fraktion mit 9 gegen 8 Stimmen beschlossen worden, den Bürgermeister Tauscher vor seinem Amt abzuberufen.

Groß 5. Überprüfung und Wiederwahl des Bürgermeisters. — Beantwortete Rathauswahl ausbeilagung. In der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Juni war auf Antrag der kommunistischen Fraktion mit 9 gegen 8 Stimmen beschlossen worden, den Bürgermeister Tauscher vor seinem Amt abzuberufen. Die Antragsteller betonten, daß der jetzige Bürgermeister nach dem Bergebot der Arbeiterschaft zu beurteilen ist. Die bürgerliche Fraktion hob hervor, daß die Umstellung auf Goldmark erforderlichen Maßnahmen, deren Durchführung der Verwaltung überlassen bleibt. Das Unternehmen hat sich gut entwickelt. Der auf Kostenfahnen hergestellte neuartige Radarmaschine hat sich sehr gut eingespielt. Die Gesellschaft wird zunächst ein Goldmarktkapital von 50 000 Mark erhalten.

Groß 6. Überprüfung und Wiederwahl des Bürgermeisters. — Beantwortete Rathauswahl ausbeilagung. In der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Juni war auf Antrag der kommunistischen Fraktion mit 9 gegen 8 Stimmen beschlossen worden, den Bürgermeister Tauscher vor seinem Amt abzuberufen. Die Antragsteller betonten, daß der jetzige Bürgermeister nach dem Bergebot der Arbeiterschaft zu beurteilen ist. Die bürgerliche Fraktion hob hervor, daß die Umstellung auf Goldmark erforderlichen Maßnahmen, deren Durchführung der Verwaltung überlassen bleibt. Das Unternehmen hat sich gut entwickelt. Der auf Kostenfahnen hergestellte neuartige Radarmaschine hat sich sehr gut eingespielt. Die Gesellschaft wird zunächst ein Goldmarktkapital von 50 000 Mark erhalten.

Groß 7. Überprüfung und Wiederwahl des Bürgermeisters. — Beantwortete Rathauswahl ausbeilagung. In der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Juni war auf Antrag der kommunistischen Fraktion mit 9 gegen 8 Stimmen beschlossen worden, den Bürgermeister Tauscher vor seinem Amt abzuberufen.

Groß 8. Überprüfung und Wiederwahl des Bürgermeisters. — Beantwortete Rathauswahl ausbeilagung. In der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Juni war auf Antrag der kommunistischen Fraktion mit 9 gegen 8 Stimmen beschlossen worden, den Bürgermeister Tauscher vor seinem Amt abzuberufen.

Groß 9. Überprüfung und Wiederwahl des Bürgermeisters. — Beantwortete Rathauswahl ausbeilagung. In der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Juni war auf Antrag der kommunistischen Fraktion mit 9 gegen 8 Stimmen beschlossen worden, den Bürgermeister Tauscher vor seinem Amt abzuberufen.

Groß 10. Überprüfung und Wiederwahl des Bürgermeisters. — Beantwortete Rathauswahl ausbeilagung. In der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Juni war auf Antrag der kommunistischen Fraktion mit 9 gegen 8 Stimmen beschlossen worden, den Bürgermeister Tauscher vor seinem Amt abzuberufen.

Groß 11. Überprüfung und Wiederwahl des Bürgermeisters. — Beantwortete Rathauswahl ausbeilagung. In der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Juni war auf Antrag der kommunistischen Fraktion mit 9 gegen 8 Stimmen beschlossen worden, den Bürgermeister Tauscher vor seinem Amt abzuberufen.

Groß 12. Überprüfung und Wiederwahl des Bürgermeisters. — Beantwortete Rathauswahl ausbeilagung. In der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Juni war auf Antrag der kommunistischen Fraktion mit 9 gegen 8 Stimmen beschlossen worden, den Bürgermeister Tauscher vor seinem Amt abzuberufen.

Groß 13. Überprüfung und Wiederwahl des Bürgermeisters. — Beantwortete Rathauswahl ausbeilagung. In der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Juni war auf Antrag der kommunistischen Fraktion mit 9 gegen 8 Stimmen beschlossen worden, den Bürgermeister Tauscher vor seinem Amt abzuberufen.

Groß 14. Überprüfung und Wiederwahl des Bürgermeisters. — Beantwortete Rathauswahl ausbeilagung. In der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Juni war auf Antrag der kommunistischen Fraktion mit 9 gegen 8 Stimmen beschlossen worden, den Bürgermeister Tauscher vor seinem Amt abzuberufen.

Groß 15. Überprüfung und Wiederwahl des Bürgermeisters. — Beantwortete Rathauswahl ausbeilagung. In der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Juni war auf Antrag der kommunistischen Fraktion mit 9 gegen 8 Stimmen beschlossen worden, den Bürgermeister Tauscher vor seinem Amt abzuberufen.

Groß 16. Überprüfung und Wiederwahl des Bürgermeisters. — Beantwortete Rathauswahl ausbeilagung. In der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Juni war auf Antrag der kommunistischen Fraktion mit 9 gegen 8 Stimmen beschlossen worden, den Bürgermeister Tauscher vor seinem Amt abzuberufen.

Groß 17. Überprüfung und Wiederwahl des Bürgermeisters. — Beantwortete Rathauswahl ausbeilagung. In der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Juni war auf Antrag der kommunistischen Fraktion mit 9 gegen 8 Stimmen beschlossen worden, den Bürgermeister Tauscher vor seinem Amt abzuberufen.

Groß 18. Überprüfung und Wiederwahl des Bürgermeisters. — Beantwortete Rathauswahl ausbeilagung. In der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Juni war auf Antrag der kommunistischen Fraktion mit 9 gegen 8 Stimmen beschlossen worden, den Bürgermeister Tauscher vor seinem Amt abzuberufen.

Groß 19. Überprüfung und Wiederwahl des Bürgermeisters. — Beantwortete Rathauswahl ausbeilagung. In

Wiederholte und wiederholte Versuche zu erkennen, die nicht mehr eine einzige der gewünschten Antworten enthielten und nicht nur über den Standort, wie Gouverneur zu wissen, sondern auch über die Münze gesucht werden, jetzt kann die Zeit kommen, wo es das kann geben, und einen anderen Gouverneur zu verhandeln. Zum Beispiel sollte Gouverneur mit der britischen Regierung sehr angesehen einen Tag im August oder September freuhaben, da zu dem alle Vorbereitungen für den Gouverneur gemacht sind und die neuen britischen Gefahr eingeschlossen werden sollten. Wenn soll am diesem Tage die getrennten Einheiten im Süden getrennt werden, die notwendigen Verhandlungen müssen beginnen, und der Kriegsbericht würde von diesem Tage an in Würzburg sein. Wahrscheinlich ist dies aber, dass dies keinen weiteren Fortschritt machen wird, sondern nur von der französischen und von der britischen Regierung erwartet werde.

Reine Erklärung der Friedensfrage.

Würzburg, 7. Juli. Um Unterhaus wurde des Gesetzministers gefragt, ob irgend eine Entbindung der britischen Regierung eingegangen sei, dass sie darüber bestimmt sei, ob etwa weitere Verhandlungen zwischen den Alliierten die Frage der Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg von neuem aufzuwerfen, und ob er wolle, ob die alliierten Regierungen dieses Thema in Verbindung mit der Erörterung der Reparationsfrage und anderer Dinge wieder erörtert werden dürfe. Macdonald erklärte, die Antwort auf den ersten Teil der Frage lasse verneinend, der zweite Teil der Frage erledige sich damit von selbst.

Entspannung zwischen England und Frankreich.

Paris, 7. Juli. Zur Berichtigung der teilweise nicht miteinander übereinstimmenden Angaben über die Besprechungen von Chequers veröffentlicht der Pariser "Temps" heute abend eine offiziell auf Kenntnisnahme amtlicher Schriftstelle beruhende Darstellung, in der er die französisch-englischen Vorbesprechungen für die Londoner Konferenz in ihren Hauptpunkten schildert und zum Schluss ausführt, aus der Tatsache, dass die im Zusammenhang mit der Einladung zur Londoner Konferenz vorgebrachten englischen Anregungen nicht ganz mit dem ursprünglichen Programm von Chequers übereinstimmen, könne man schließen, dass England sein Programm noch nicht unbedenklich festgelegt habe. Frankreich, Belgien und Italien würden ebenfalls Vorschläge machen, und Deutschland habe die Hände frei. Es wünschen sei, dass die Verhandlung bald erfolge. Sicher sei, dass Frankreich nicht die Vertagung der Konferenz verlangen werde. Was die Verlegung der Kon-

ferenz nach Würzburg überbringen will, ist nicht bekannt. Insofern die britische Seite bestreitet Würzburg als Verhandlungsort der Verhandlung.

Anglo-französische Beziehungen an die Briten.

Düsseldorf, 8. Juli. Die Gruppe der Stadt Düsseldorf an den kommunistischen General, die Einheitsversammlungen und die sich daraus ergabeende Wohnungswirtschaft, ist erfolgreich geschieden. Die Betriebsbehörde bemerkte, auf die bisher beschlagnahmten Räume nicht verzogen zu können.

Reine Gewissheit des Einheitskommissars.

Rosslau, 8. Juli. Die Rheinlandkommission hat die Auflösung des Arbeitsverbandes der Vereine deutscher Studenten im besetzten Gebiet aufgebrochen.

Unserer kommunistischen Gruppierung des Parlaments.

Berlin, 8. Juli. Das preußische Staatsministerium hat die Stadtverordnetenversammlung in Rönnau bei Döhlitz aufgelöst, nachdem die bürgerlichen Stadtverordneten wegen antisemitischer Haltung des kommunistischen Stadtverordnetenvorsteher ihre Mandate niedergelegt hatten.

Göhne für einen Werk.

Fürth, 8. Juli. Das Schwurgericht hat den Arbeiters Gisfeld wegen Ermordung seiner Ehefrau zum Tode verurteilt. Gisfeld, der von seiner Frau mit Eifersuchtsanalen bestimmt wurde, erschlug diese mit einem Taschentuch und verschaffte die Leiche 14 Tage lang. Als sie in Verwesung überging, warf er sie in den Kanal, wo sie kurz darauf aufgefunden wurde.

Mauersteinbau.

Wiesbaden, 8. Juli. Im dem Kalkwerk von Schneider und Schiffer bei Diez an der Lahn stürzte eine aus Mauersteinen lofe gebaute Mauer zusammen und begrub vier Arbeiter unter sich. Einer wurde auf der Stelle getötet, die anderen wurden in hoffnungslosen Zustand dem Krankenhaus zugeführt.

3 Jahre Haft für Spionage.

Rotstock, 8. Juli. Der ehemalige Leiter der Kreispoststelle Rotstock, Sundermann, ist vom Rotstocker Oberlandesgericht wegen Landesverrat zu 3 Jahren Haft für Spionage, 1000 Goldmark Geldstrafe und 6 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt worden. Sundermann war tätig als Spion der Ruhrsabotage und als Spiegel der französischen Regierung, der er Nachrichten mitteilte, deren Geheimhaltung dringend im Interesse des deutschen Volkes lag.

Neues aus aller Welt.

Schweres Unwetter im Eilenburger Bezirk. Ein furchtbare Unwetter ging Sonntag früh in der 8. Stunde über Eilenburg und Umgebung nieder. Dächer wurden abgedeckt, Schornsteine umgerissen, Bäume umgestürzt und entwurzelt.

Verhaftung auf dem Sandkuchen nach Höhne, Seifen und Kerzen. In der Dobbertiner Beppe hat das Unternehmen am Samstagabend gebrannt. Das brachte es nach Dobbertin und bei Sturm trat in Gehölz eines Windhofs auf, durch die die brennende Beppe entwurzelt und über die Straße gelangt war, eben, jedoch die Landstraße Dobbertin-Eilenburg gesperrt wurde.

Hilfsschiff, Nordwestlich von Eges kenterte am 4. Juli gegen Überlauffront bei von der Flugschule in Eger mit seinem Flugzeug aus einer Höhe von etwa 900 Metern ab und war sofort tot.

Amtliche Bekanntmachungen.

In Weißensee Handelsregister ist eingetragen worden 1. Kuf Blatt 680, die Firma Schneider u. Marcks, Großagenturen in Aue betr.: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma lautet nun: Erhard Schneider, Großagenturen. Der Kaufmann Herbert Marcks in Aue ist ausgeschieden.

2. Kuf Blatt 680 die Firma C. Johannes Schulz in Aue und als deren Inhaber der Kaufmann Carl Johannes Schulz in Aue. Angegebener Geschäftszweig: Exportgeschäft.

Amtsgericht Aue, den 7. Juli 1924.

Über das Vermögen des Metallwarenfabrikanten Ernst Paul Nagler in Aue, alleinigen Inhaber der früheren Firma Paul Nagler, Metallwarenfabrik in Aue, wird heute am 7. Juli 1924, vormittag 10 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt Siegel in Aue wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 12. August 1924 bei dem Gericht eingezogen.

Es wird zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falles über die in § 152 der Konkursordnung bezeichneten Gesetze — auf Montag, den 4. August 1924, vormittags 12 Uhr — und zur Prüfung der angenommenen Forderungen am Montag, den 25. August 1924, vormittags 11 Uhr — vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von den Besitz der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 31. Juli 1924 zu zeigen zu machen.

Das Amtsgericht zu Aue.

Berantwortlich für den geläufigen Anhänger: Emil Schumann, Druck u. Verl.: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft, m. b. H., Aue.

Wanderer-Wagen

5/15 p. G., 3 Etagen — 6/24 p. G., 4 Etagen

sowie

Wanderer-Motor- u. Fahrräder

kurzfristig lieferbar

Volkmar Löser, Vertreter der
Vereinigte Werkstätten der
Aue 1. Erzbab. — Telefon 94.

Feinste holsteinische Meierei = Tafelbutter

Milch frisch, leichter zu billigen Tagespreisen (heute 1.70 Mrd. das Pfund) per Nachnahme in 9 Pfundpäckchen verpackungsfrei.
Wolff Sasse, Neuhausen in Holstein,
Hansaring 12.

Leben - Unfall - Haftpflicht Autofasto!

Erfolgreich, finanziell, nach jed. Richtung großzügig
u. konkurrenzfähig, arbeit. Vertr.-u. G. möglich aller
ortsverbandsorganisationen vorgesehenen Gültigkeit
verb. gebot. f. Generalagenten, Inspektoren u.
Vertreter i. Unterf., welche dauernd Verbund. m.
best. Verbindlichkeiten geleg. ist, belieb. Angebote, die
vertraulich behandelt werden, zunächst unter
"Prima" an Wolff Stasse, Leipzig einzureichen.

Hühneraugen Lebewohl
das Radikalmittel
Hornhaute u. Fußsohle verschwindet durch
Lebewohl-Ballen-Scheiben.
Kein Verrutschen, kein Festsitzen am Strampf.
In Aue: Eriker & Co. Nachl., Inh. K. Sommer.
In Neustadt: Adler-Drog. Paul Martin.

Freundl. ruhiges Ghepaar
mit 1/4 Jahr altem Kind, sucht per 1. August
ein od. zwei mögl. od. leere Zimmer
in Aue oder Umgegend. Eig. Geburtsst. u. Wöhle.
Angebote unter H. C. 2902 an das Aue Tageblatt.

Wie suchen zum sofortigen Unterritt noch einige
fröhliche Hilfsarbeiter
Sächs. Metallwarenfabrik
Aue. Wollner Göhne, u. o.

Ihre Vermählung geben bekannt

Helmut Wetzel und Frau Käthe
geb. Hamann.

Oberaffalter

8. Juli 1924.

Aue

Tommie Stasse

im Raumfahrt

Tafelbutter

daglich frisch
zum jeweiligen Tagespreis.
Sorte und Verpackung extra.
Verwandt in 9-Pfd.-Päck. u.
Nachnahme.

Centralmeier
Eddelin in Holst.
Inh. C. H. Stille.

Jahrradgummi

Viele Aufträge und Nach-
bestellungen sind der beste
Beweis meiner Leistungsfähigkeit und guten Ware.
Machen Sie einen Vertrag!
Gummibändel 2.95
extra prima Qualität 3.85
extra prima Qualität 4.50
Gummimäntel
4.75 u. 5.—
Gummibündel
extra prima Qualität
1.— und 1.25

Fahrräder

Nähmaschinen
Auf Wunsch Zahlung.
Ratios gratis.

Emil Levy, Hildesheim 98.

Zigaretten

Bürogehilfe

der schon auf Zigaretten-Büro
gearbeitet hat und selbständig
arbeiten kann, zum sofortigen
Untertritt gerufen von
Rechtsanwalt und Notar
J. Siegel, Aue 1. Erzbab.

Vertreter

welcher Produkte u. Geschäfts-
leute befähigt, von Baumwoll-
waren für den dortigen Be-
trieb gekauft. Angebote unter
H. C. 2902 an das Aue
Tageblatt erbeten.

Ein Kinderbett
mit guter Matratze
zu verkaufen.
Wohlführung 20, m. L.

Gebrod-Ubung
zu verkaufen.
Wasserhammertechnik 42.

kleine Einzelgen
haben guten Erfolg im
Auer Tageblatt.

SLUB
Wir führen Wissen.